

Müllmengenbegrenzung am städtischen Bauhof wieder aufheben

Am 06. September 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Senkung der Müllgebühren beschlossen. Dies war möglich, weil sich nach einer europaweiten Ausschreibung die Einsammlungs- und Abfuhrkosten deutlich verringert hatten.

Im letzten Satz der 9. Änderungssatzung zur Abfallsatzung der Stadt Bruchköbel hatte der Magistrat dann noch eingebaut, dass die Anlieferung von Müll am städtischen Bauhof künftig kostenlos sei und die bis dahin relativ geringen Gebühren nicht mehr erhoben werden. Dies sollte sogar rückwirkend zum Jahresbeginn 2016 geschehen. Besonders anzumerken bleibt, dass auf diese Änderung in der schriftlichen Begründung der Vorlage mit keinem Wort eingegangen wurde. Die Nachfrage, wie denn dies überhaupt verwaltungstechnisch abzuwickeln sei, wurde nicht befriedigend beantwortet.

Festgestellt wurde allerdings durch den Bürgermeister, dass die neue Gebührenfreiheit zu keiner übermäßigen Steigerung der Müllmengen führen werde und der Bauhof samstags und mittwochs auch künftig die Anlieferungen werde meistern können. Diese Versprechen konnten offensichtlich nicht gehalten werden, denn eine andere Begründung für die seit dem Frühsommer geltende Beschränkung der anzuliefernden Müllmengen ist nicht ersichtlich. Soll durch diese Begrenzung zu Lasten der Bruchköbeler Bürger der gleichzeitige Missbrauch der kostenlosen Müllabgabe durch unberechtigte Dritte kompensiert und ausgeglichen werden? Das lehnt der BBB ab. Diese Begrenzung führt zu Mehrbelastungen der Bruchköbeler Bürger, die erheblich über den früher zu zahlenden geringen Gebühren liegen, da jetzt auf andere teure Anlieferungsplätze weit außerhalb der Bruchköbeler Gemarkung ggf. auszuweichen ist oder der Müll in mehreren Teilen an den nächsten Anlieferungstagen gebracht wird. Von den damit einhergehenden Fragen der Lagerung und Belastung durch Geruch, Dreck und Staub einmal ganz abgesehen.

Für die Abschaffung dieser Begrenzungen werden wir einen entsprechenden Antrag zur nächsten Sitzung der Stadtverordneten einbringen.

Besuch bei der Ebbecke AG

Von der rasanten Entwicklung der Firma Ebbecke Verfahrenstechnik AG hin zu einem Unternehmen mit weltweiter Kundschaft konnte sich der Bruchköbeler Bürgerbund bei einer Betriebsbesichtigung einen Ein-

druck verschaffen. Firmenchef Axel Ebbecke stellte die Geschichte und den aktuellen Stand der Firma an den mittlerweile vier Standorten Schöneck, Bruchköbel, Burbach und Frankfurt vor. Die ständige Erweiterung der Geschäftsfelder habe dazu geführt, dass die Ebbecke Verfahrenstechnik AG mittlerweile weit über 100 Beschäftigte habe. "Aktuell wird es auch für uns immer schwerer geeignetes Personal zu finden" sieht Axel Ebbecke neue Risiken für den weiteren Ausbau der Firma im Personalsektor. Dabei starte mit dem neuen Hygienebetrieb und der Herstellung von Babymilch-Pulvern nun eine neue Produktionslinie, bei welcher die Ebbecke AG erstmals nicht nur als Dienstleister in der Lohnverarbeitung tätig werde. "Wir werden erstmals als Hersteller einer Eigenmarke mit einem Fertigprodukt direkt zu den Käufern in den Einzelhandel gehen" sagte Axel Ebbecke zu diesem Schritt in ein neues Geschäftsfeld.



Die Besucher des BBB mit Firmenchef Axel Ebbecke (Mitte) vor dem neuen Logistikzentrum

Leider habe die für ihn nicht nachvollziehbare Haltung insbesondere der Bruchköbeler Rathausverantwortlichen eine weitere Expansion auf dem Gelände des ehemaligen Fliegerhorstes verhindert. In Kombination mit der von Schönecker Seite unterstützten Erweiterungsmöglichkeiten auf dem ehemaligen Bundeswehrstandort in Kilianstädten bedeute dies auch, dass der Firmensitz von Bruchköbel hierher verlegt wurde. In Bruchköbel seien so nur noch die Verwaltung und die vorhandene Produktion angesiedelt.

Der BBB bedauert den Verlust des Firmensitzes in Bruchköbel, was ja letztendlich auch eine Schwächung der Gewerbesteuererinnahmen mit sich bringt und sieht so nicht zum ersten Mal, dass die Ansiedlung und Erweiterung zukunftsorientierter Betriebe in Bruchköbel nicht ausreichend unterstützt wird. Der permanente Ausbau der Produktionsstätten, neue Verfahren und der damit verbundene Aufbau weiterer Arbeitsplätze hätte sicherlich auch dem Standort Bruchköbel gut zu Gesicht gestanden.



An den Bürgern vorbei geplant...

Zahlreiche Bürger diskutieren zurzeit über die Bruchköbeler Innenstadterneuerung. Zur Bürgerinformation am 22. Mai 2017 im Bürgerhaus kamen viele Bürger. Es wurde einige Kritik geübt. Die fand sich in der Sonderausgabe der „Stadt Info“ eher nicht. So berichtete ein Bürger, es gebe am Hochhaus am Rewe bereits Probleme mit der Statik. Ob es gefahrlos möglich ist, dort eine Tiefgarage zu bauen, muss dann bezweifelt werden. Der Hinweis des Bürgers wurde weggewischt. Als der Vortragsteil der Veranstaltung zu Ende war, konnten sich die anwesenden Bürger an einzelnen Ständen nähere Informationen verschaffen. Es wurde sofort gesellig, es gab kostenlos Bier und andere Getränke. Kritik und Änderungswünsche wurden zwar aufgenommen, die Erfahrung der vergangenen Monate hat aber bereits gezeigt, dass neue Vorschläge keine wirkliche Beachtung finden. Das ist schlimm. Es geht um das größte Bauprojekt aller Zeiten in unserer Stadt. So soll der kritisierte und teure Bau einer Tiefgarage „alternativlos“ sein. Das gesamte Bauvorhaben wird mehr als 20 Millionen Euro kosten. Wenn's mal reicht. Allein die Tiefgarage wird jedes Jahr gewaltige Folgekosten verursachen. Das Rathaus soll noch viel größer werden, als das bisherige. Kleiner geht's nicht? Der Weg zur Fortsetzung der Verschuldung mit zwingender Erhöhung der Grundsteuern und sonstiger Abgaben ist damit vorprogrammiert. So plant man an den Bürgern vorbei und gefährdet die Zukunft der Stadt.

Verliert Bruchköbel Fördermittel in Millionenhöhe?!

Mit großer Sorge sehen wir vom Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) den äußerst schleppenden Verlauf der Zusage von Fördermitteln für Bruchköbel aus dem Kommunal-Investitionsprogramm (KIP) von Bund und Land Hessen. Im Juni 2016 hatte Bruchköbel auf den letzten Drücker neun Maßnahmen hierzu angemeldet. Wir hatten schon damals für den Fall, dass das Land einzelne Maßnahmen ablehnt, gefordert, dass zusätzlich die Sanierung maroder Bürgersteige und der barrierefreie, behindertengerechte Ausbau von Bushaltestellen zur Förderung angemeldet werden. Mit der Sommerpause 2017 sind von den für die Maßnahmen möglichen Fördermitteln in Gesamthöhe von

2.276.631 € gerade einmal 1.035.972 bewilligt worden. Mehr als die Hälfte, nämlich 1.240.659 € sind bis dato nicht genehmigt. Im Gegenteil hat das Land bei der von schwarz-rot beschlossenen Sanierung des Hallenbads einen Eigenanteil der Stadt in Höhe von knapp 300.000 Euro eingefordert, der überhaupt nicht im städtischen Haushalt vorgesehen ist.

Gleichzeitig droht Bruchköbel diese 300.000 € Fördermittel zu verlieren, da ja die Koalition des Bürgermeisters keinerlei Ersatzmaßnahmen beschließen wollte.

Völlig offen sind die Bewilligungen der Förderungen von neuen Spielgeräten auf den städtischen Spielplätzen, die Sanierung des Bürgerhauses Oberissigheim, die Erneuerung und Schädenbeseitigungen am Sportplatz Niederissigheim, der Barriereabbau im Schwimmbad sowie Modernisierung der Haustechnik und Barriereabbau im historischen Alten Rathaus.

Die mangelnde Zuweisungsquote für Bruchköbel wirft schon Fragen auf, wenn die hessische Landesregierung bereits im Frühjahr mitteilt, dass von landesweit 3000 Anträgen schon 2.200 genehmigt sind. Schließlich haben der Bund und das Land Hessen mit dem Kommunal-Investitionsprogramm der Stadt Bruchköbel Möglichkeiten an die Hand gegeben, welche die Stadt angesichts ihrer mangelhaften finanziellen Lage aus eigener Kraft nicht leisten könnte.



Für das Bürgerhaus Oberissigheim gibt es bis jetzt keine Förderzusage

Die pauschale und ohne weitere Begründung getroffene Aussage des Bürgermeisters, dass die Finanzierung gesichert sei und alle beantragten Fördermittel genehmigt werden, ist schlicht und



einfach nicht nachvollziehbar.

Langfristig schlimmer für die Entwicklung Bruchköbels ist aber das bewusste Abhängen der Stadtteile von der weiteren Entwicklung. Schon lange und bei vielen Anlässen haben wir auf die Gefahren hingewiesen, dass durch die von Bürgermeister und der großartigen Koalition aus CDU und SPD getragene Innenstadtentwicklung mit sich abzeichnender zusätzlicher Verschuldung von weit über 20 Mio. Euro kein Geld mehr für die Stadtteile da sein wird.

Jetzt bieten der Bund und das Land Hessen hier mit ihrem Programm eine Möglichkeit an, die den Sportplätzen in Niederissigheim und Roßdorf sowie den Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen dringende Renovierungen und Modernisierungen verschaffen könnte, und der Bürgermeister ist laut eigener Aussage froh, dass es noch länger mit der Umsetzung dauern wird.

Bruchköbeler Haushalt: Pleiten, Pech und Pannen

Erinnern Sie sich noch: Der Haushalt der Stadt Bruchköbel für das Jahr 2016 wurde erst weit im Jahr 2017 von der Aufsichtsbehörde genehmigt. Die damit notwendige "vorläufige Haushaltsführung" musste dann als Begründung für die Ablehnung vieler sicherlich oft berechtigter Wünsche dienen und neue Investitionsvorhaben konnten erst gar nicht begonnen werden. Wie schon so oft in der Vergangenheit wurde Besserung gelobt, alleine gebracht hat es wenig. Schon die Einbringung des Haushalts 2017 wurde vom Verwaltungsgericht gestoppt. Ehrenamtliche Stadträte hatten wegen fehlender Beratungsmöglichkeiten geklagt. Diese mussten sich dann vom Bürgermeister fälschlicherweise vorwerfen lassen, dass sie jetzt für Verzögerungen verantwortlich seien. Dabei hat das Gericht mit seinem Urteil klar auf formale Fehler verwiesen, die alleine der Bürgermeister zu verantworten hat.

Die Krone bekommen die haltlosen Unterstellungen des Bürgermeisters allerdings dann über ein halbes Jahr später aufgesetzt, als die Aufsichtsbehörde feststellt, dass der Haushaltsbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung erneut vorzunehmen sei, da der zum Haushalt 2017 gefasste Beschluss wegen mangelnder Veröffentlichungen nicht rechtswirksam sei.

Als Ergebnis liegt bis zur Sommerpause 2017 erneut keine Genehmigung des Haushalts 2017 vor.

Ob und wann diese kommt oder wenn mit welchen

Auflagen, die es ja auch für 2016 in reichlichem Ausmaß gegeben hatte, ist offen.

Zwischenzeitlich musste auch die erstmalige Einberufung des Akteneinsichtsausschusses zu den Kosten des Öffentlichen Personen Nahverkehrs wegen der Verletzung von Vorschriften neu angesetzt werden.

Immerhin brachte die Notwendigkeit einer schnellen Wiederholung der Haushaltsbeschlüsse die CDU/SPD-Koalition so weit, dass sie dem Druck zu einer umfassenden Neuregelung der Sportförderung nachgegeben hat.

Sportförderung gerechter machen

Für eine gerechte Sportförderung in der gesamten Stadt Bruchköbel einschließlich der Stadtteile hat sich der Bruchköbeler BürgerBund bereits in den letzten Jahren eingesetzt und so beispielsweise im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms Mittel für die Stadtteile bereitstellen wollen. Deshalb wurde von unserer Seite eine Neuaufstellung der Sportförderung beantragt und eine gemeinsame Initiative aller politischen Kräfte begrüßt. Gerade nach der an die Öffentlichkeit gelangten, vorangegangenen Mauschelei zwischen Vertretern der Koalition und Vertretern der Sportgemeinschaft Abteilung Fußball musste jetzt Transparenz in der städtischen Sportförderung hergestellt werden.



*Wartet auf städtische Investitionen:
Der Sportplatz in Niederissigheim*

Unter Berücksichtigung der bereits erfolgten und laufenden Förderung muss zukünftig eine gerechte Verteilung der Mittel erfolgen. Dies erfordert auch, hinzusehen, welche Investitionen und laufende Hilfen in der Vergangenheit bereits erfolgt sind und welche für die Zukunft erforderlich werden. Wir möchten daher die Aufstellung einer Prioritätenliste, mit der ein Förderplan für die Sportvereine in den Stadtteilen und in der Kernstadt festgelegt werden soll. Die sportliche Vielfalt und eine gute Kinder- und Jugendarbeit zahlreicher Vereine ist schließlich nicht nur ein wichtiger Standortvorteil, sondern auch ein sozialer Vorteil für junge Familien.

Scheitert die Innenstadterneuerung zum zweiten Mal?

Bürgermeister, CDU und SPD im Blindflug

Schon einmal hatten der Bürgermeister und die damalige Koalition unter Federführung der CDU das Projekt 'Innenstadt Erneuerung' krachend gegen die Wand gefahren. Damals hatte im Sommer 2012 die Stadtverordnetenversammlung schließlich einstimmig das verunglückte Projekt gestoppt und dann neu aufs Gleis gesetzt. Die Tatsache, dass das Stadtzentrum einer Erneuerung und neuer Impulsen Bedarf, ist eben so unumstritten wie die Tatsache, dass das Rathaus veraltet und umfassend sanierungsbedürftig ist. Deshalb hatte auch die BBB-Fraktion den Neustart des Projekts 'Innenstadt Erneuerung' mitgetragen. Gegen Ende des Jahres 2016 bekam es allerdings erneut Schiefelage, zahlreiche ungelöste Probleme und unbeantwortete Fragen tauchten auf. Deshalb hatte die BBB-Fraktion für die Stadtverordnetenversammlung vom 1.11.2016 sieben Punkte für dringende Erklärungen, Begleitmaßnahmen und Änderungen beantragt, die von der CDU-SPD-Koalition in Bausch und Bogen abgelehnt wurden. Vor allem forderten und fordern wir einen Finanzierungsplan, aus dem ersichtlich wird, wie das Investitionsvolumen von mind. 20 Mio. € aufgebracht und neue Schulden abgetragen werden sollen; keinen Bau der Tiefgarage unter städtischer Beteiligung und weiterhin kostenloses Parken im Stadtzentrum; Kosten und Raumbedarf für ein neues Rathaus möglichst gering zu halten; keine Baumaßnahmen unter Grundwasserabsenkung und die Umsetzung eines Beschlusses für ein Nahversorgungskonzept für die Stadtteile, welches die Stadtverordnetenversammlung auch am 26.6.2012 beschlossen hatte, vom Bürgermeister aber trotz mehrfacher Mahnungen nie umgesetzt wurde.

Die Tatsache, dass Bürgermeister, CDU und SPD diese Probleme ignoriert haben und bis heute ignorieren kann nun dazu führen, dass das gesamte Projekt 'Innenstadt-Erneuerung' zum zweiten Mal scheitern wird, indem es entweder gar nicht erst umgesetzt werden kann, oder in einem Desaster endet.

Niemand kann erklären, wie die Stadt die Finanzierungskosten von mindestens 20 Millionen aufbringen soll, einfach weil der schiere Betrag die Finanzkraft der Stadt übersteigt. D.h., das was aus den Einnahmen der Stadt jährlich erzielt werden kann, reicht nicht aus, um die Pflichtaufgaben und die Finanzierungslast aus der Innenstadt-Erneuerung zu tragen. In jedem

Falle blieben dann für einen Zeitraum von 20-30 Jahren keinerlei Mittel übrig, um in anderen Bereichen zu investieren, insbesondere die Stadtteile würden hierunter leiden. Würde die Stadt an der Entschuldung der rund 25 Millionen Kassenkredite, die für die laufende Verwaltung in den letzten Jahren aufgehäuft wurden, teilnehmen, wäre eine Finanzierung gar nicht mehr möglich, denn dann müsste die Stadt jährlich rund 500.000 € oder mehr an das Land abzahlen. Fraglich ist auch, wie die Kommunalaufsicht ein solches Projekt genehmigen soll. Dennoch wird die Möglichkeit, etwas kleiner dimensioniert zu planen, gar nicht erst in Erwägung gezogen; beim so genannten neuen Stadthaus wird aus dem Vollen geschöpft, als solle das überdimensionierte Gebäude zum Denkmal des Bürgermeisters werden.

Die Errichtung der Tiefgarage in einer sogenannten „weißen Wanne“ würde wahrscheinlich nicht ohne eine massive Grundwasserabsenkung im Bereich des Stadtzentrums möglich werden. Aufgrund der bekannten Gefahr einer Landabsenkung gehen Anlieger hiergegen bereits auf die Barrikaden. Eine eventuelle Klage könnte das Projekt schon allein aufgrund der Zeitverzögerung undurchführbar machen.

Wie der kleinteilige Einzelhandel im Stadtzentrum die Bauzeit von rund zwei Jahren, in der es neben massiven Verkehrsbehinderungen praktisch keine Parkplätze in der Innenstadt gibt, wirtschaftlich überleben soll, ist unerfindlich. Ohne diesen würde das historische Stadtzentrum aber seinen Charakter völlig verlieren, die Versorgungssituation für die Bevölkerung würde sich verschlechtern, und es bliebe nur der modernistische 'Klotz' in der Innenstadt.

Dem Bürgermeister und seiner Koalition aber fehlt jeder Wille, sich auf Argumente, sachliche Diskussion und Kompromisse einzulassen. Die Hoffnung ist dort wohl, dass sie selbst von den Problemen nicht mehr getroffen werden. Deshalb erschöpft sich die Regierungspropaganda darin, die schöne neue Innenstadt plakativ-bunt auszumalen und mit Jubel-Stimmen zu versehen. So findet sich dann auf der offiziellen Homepage der Stadt Bruchköbel ein Video mit „Stimmen zur Innenstadt Erneuerung“, in dem rund zwölf Personen, darunter der örtliche AfD-Kreistagsabgeordnete, freudig zu Wort kommen und das Projekt schließlich für alternativlos erklären, und es wird so getan, als gäbe es keine Kritik, unbeantwortete Fragen und ungelöste Probleme.

Verantwortliches politisches Gestalten geht anders.